

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport (41. Sitzung am 16. Oktober 2014)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1983](#)

Der Ausschuss kam zu Beginn der Beratungen überein, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll der Landtagsverwaltung abschließend bis zum 21. Oktober 2014 benannt werden.

Ferner verständigte sich der Ausschuss darauf, den Mitgliedern des - mitberatenden - Kultusausschusses und des - ebenfalls mitberatenden - Rechtsausschusses die Teilnahme an der Anhörung anheimzustellen. Als Termin für die Anhörung nahm er den 13. oder 18. November in Aussicht.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

2. **Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Sport über Erkenntnisse zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen kurdischstämmigen Gruppen Anfang September 2014 in Salzgitter und Lüneburg**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, den Mitgliedern der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

3. **Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Sport über Vorkommnisse bei der versuchten Rückführung eines sudanesischen Asylbewerbers am 27./28. August 2014**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, den Mitgliedern der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. **Einbruchkriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1971](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zum aktuellen Sachstand sowie um eine rechtliche Bewertung der Forderungen des Antrags. Er verständigte sich darauf, im Anschluss an die Unterrichtung über eine mögliche Anhörung zu beraten.

5. a) **Modernisierung des Asylrechts durch die CDU-geführte Bundesregierung - Die Landesregierung soll im Bundesrat zustimmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1978](#)

Die CDU-Fraktion kündigte mit Hinweis auf die aktuellen Entscheidungen auf der Bundesebene an, den Antrag zurückzuziehen.

b) **Die Sorgen der Kommunen ernster nehmen - Kostendeckung für qualifizierte Asylbetreuungsleistungen sicherstellen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1972](#)

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand sowie um eine Auflistung der in diesem Bereich anfallenden Kosten, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Er kam ferner überein, die kommunalen Spitzenverbände anzuhören.

Darüber hinaus bat der Ausschuss die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme nach § 18b Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung.